

Art. 4. Volgende graden en de dienovereenkomstige loopbaan worden in de personeelsformatie geschrapt, zodra de ambtenaren die een betrekking in de betrokken loopbaan bezetten met een andere graad bekleed worden, de dienst definitief verlaten of in rust gesteld worden :

- 1° industrieel ingenieur
- 2° directiesecretaris
- 3° inspectieassistent
- 4° tekenaar-controleur van de werken.

Art. 5. De lijst met de graden die door aanwerving kunnen worden toegekend, is in de bijlage bij dit besluit opgenomen.

Art. 6. Het besluit van de Regering van 5 februari 1997 tot vaststelling van de personeelsformatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap wordt opgeheven.

Art. 7. Dit besluit treedt in werking op de dag waarop het wordt aangenomen.

Art. 8. De Minister-President, bevoegd inzake Personeel en Begroting, is belast met de uitvoering van dit besluit. Eupen, 3 juli 2003.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,
Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport,
K.-H. LAMBERTZ

Bijlage bij het besluit van de Regering van 3 juli 2003

Volgende graden kunnen door aanwerving toegekend worden :

Niveau I

Secretaris-generaal
Bestuursdirecteur
Informaticus
Vertaler-revisor
Adjunct
Burgerlijk ingenieur
Architect
Inspecteur
Juridisch adviseur
Kunstwetenschappelijk adviseur

Niveau II+

Maatschappelijk werker
Assistent

Niveau II

Opsteller
Technicus

Niveau III

Vakman
Secretaris

Gezien om gevoegd te worden bij het Besluit van de Regering tot vaststelling van de personeelsformatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap.

Eupen, 3 juli 2003.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,
Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport,
K.-H. LAMBERTZ

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2004 — 34

[C – 2003/33086]

10. JULI 2003 — Erlass der Regierung über die Haushaltsführung, die Finanzielle Verwaltung, die Rechnungsführung und die Geschäftsführung der Dienststelle mit Getrennter Geschäftsführung «Gemeinschaftszentren»

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund der am 17. Juli 1991 koordinierten Gesetze über das staatliche Rechnungswesen, insbesondere Artikel 140;

Aufgrund des Dekretes vom 20. Dezember 1999 zur Abänderung des Dekretes vom 21. Januar 1991 zur Aufhebung und Reorganisation der Haushaltsfonds sowie zur Gründung der Dienststelle mit getrennter Geschäftsführung "Sport-, Freizeit- und Touristikzentrum Worriken", insbesondere die Artikel 7 bis 10, abgeändert durch das Dekret vom 4. Februar 2003;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 23. Juni 2003;
 Aufgrund des Einverständnisses des Minister-Präsidenten, zuständig für den Haushalt vom 3. Juli 2003;
 Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, insbesondere Artikel 3, § 1, ersetzt durch das Gesetz vom 4. Juli 1989 und abgeändert durch das Gesetz vom 4. August 1996;
 Aufgrund der Dringlichkeit;
 In Erwägung der Tatsache, dass vorliegender Erlass, der in Ausführung des Dekretes vom 4. Februar 2003, die neuen Regeln bezüglich der Verwaltung der Dienststelle mit getrennter Geschäftsführung «Gemeinschaftszentren» festlegt, der neu geschaffenen Dienststelle schnellstmöglich bekannt gemacht und in Kraft treten muss;
 Auf Vorschlag des Minister-Präsidenten, Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport,
 Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL I — *Allgemeine Bestimmungen*

Anwendungsbereich

Artikel 1 - Vorliegender Erlass regelt die Haushaltsführung, die finanzielle Verwaltung, die Rechnungsführung und die Geschäftsführung der Dienststelle mit getrennter Geschäftsführung «Gemeinschaftszentren».

Vorbehaltlich abweichender Bestimmungen im vorliegenden Erlass, ist Titel II der am 17. Juli 1991 koordinierten Gesetze über das staatliche Rechnungswesen auf die Dienststelle anwendbar.

Begriffsbestimmungen

Art. 2 - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

- die Dienststelle: die Dienststelle mit getrennter Geschäftsführung «Gemeinschaftszentren»;
- der Minister: der für die Gemeinschaftszentren zuständige Minister der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
- das Ministerium: das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Auszahlungsvollmacht

Art. 3 - Der Direktor der Dienststelle wird als Auszahlungsbevollmächtigter bezeichnet.

Tätigkeitsbericht

Art. 4 - Die Dienststelle erstellt jährlich einen Tätigkeitsbericht gemäß den Anweisungen des Ministers.

KAPITEL II — *Haushaltsvorschriften*

Haushalt

Art. 5 - Die Dienststelle erstellt jährlich einen Entwurf des Haushalts sämtlicher Einnahmen und Ausgaben gemäß den Anweisungen des für Finanzen zuständigen Ministers.

Die vorgesehenen Einnahmen und Ausgaben werden auf Zuwendungen verteilt, die nach der wirtschaftlichen Klassifizierung gegliedert sind.

Die Dienststelle übermittelt dem für Finanzen zuständigen Minister den Haushalt sowie jegliche Änderungen zu den vom ihm festgelegten Daten.

Einnahmen der Dienststelle

Art. 6 - Unter Einnahmen versteht man sämtliche im Laufe eines Haushaltsjahres festgestellten Rechte, Dotationen und Zuschüsse.

Die Einnahmen umfassen:

1. sämtliche Einnahmen in Zusammenhang mit den Aktivitäten der Dienststelle;
2. Zinserträge der angelegten Guthaben;
3. Restmittel, die von anderen Dienststellen zur Verfügung gestellt wurden, die ihre Tätigkeiten eingestellt haben;
4. Zuschüsse und Dotationen;
5. Schenkungen und Legate;
6. Finanzmittel aus Anleihen.

Anleihen können nur mit dem Einverständnis des Ministers und des für die Finanzen zuständigen Ministers getätigt werden.

Ausgaben der Dienststelle

Art. 7 - Die Ausgaben umfassen:

1. sämtliche Ausgaben jeglicher Art in Zusammenhang mit den Aktivitäten der Dienststelle;
2. Zinsen und Bankkosten;
3. Miet- und Leasingkosten;
4. Investitionen.

Jahresabschluss

Art. 8 - Am Ende eines jeden Jahres erstellt die Dienststelle je eine Rechnungslegung über die Kassenbewegungen, die Ausführung des Haushalts und die Vermögenswerte sowie eine Ergebnisrechnung und eine Bilanz.

Die Dienststelle übermittelt dem für Finanzen zuständigen Minister diese Unterlagen bis zum 31. März des folgenden Jahres. Dieser übermittelt die Unterlagen dem Rechnungshof bis spätestens 30. April.

Rechnungslegung

Art. 9 - Die Rechnungslegung über die Ausführung des Haushalts wird der Allgemeinen Rechnungslegung der Deutschsprachigen Gemeinschaft beigelegt.

Ende des Rechnungsjahres

Art. 10 - Die am Ende des Jahres verfügbaren Saldobeträge dürfen ab Beginn des folgenden Jahres verwendet werden.

Sollte der Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu Beginn des Haushaltsjahres nicht verabschiedet sein, so dürfen bis zur Verabschiedung des Haushaltes nur die Ausgaben getätigt werden, die im Haushalt des Vorjahres vorgesehen waren.

Verantwortlicher Rechnungsbeamte

Art. 11 - Der vom Minister bezeichnete und vor dem Rechnungshof verantwortliche Rechnungsbeamte der Dienststelle ist beauftragt mit:

1. der Handhabung und der Aufbewahrung der Geldmittel und Sachwerte;
2. der Aufstellung und Aufbewahrung der im Artikel 8 erwähnten Dokumente;
3. der Buchführung über die Vermögenswerte;
4. der jährlichen Aufstellung eines Vermögensinventars.

Kassenführung

Art. 12 - Eine Kassenführung ist erlaubt. Das Bargeldguthaben darf den Betrag von 2.500 Euro nicht überschreiten.

Tätigung der Ausgaben

Art. 13 - Die Ausgaben werden direkt von der Dienststelle ohne Sichtvermerk des Rechnungshofes getätigt.

Kontrolle

Art. 14 - Das Schatzamt des Ministeriums kontrolliert die Eintragungen der Buchungsvorgänge und der Festlegung der Mittel.

Der Rechnungshof kann eine Kontrolle vor Ort vornehmen. Der Rechnungshof kann sich jederzeit sämtliche Belege, Ansätze, Auskünfte oder Erläuterungen über die Einnahmen, Ausgaben, Vermögenswerte und Schulden geben lassen.

KAPITEL III — *Buchführung*

Wirtschaftliche Buchführung

Art. 15 - Die Dienststelle verfügt über eine wirtschaftliche Buchführung. Diese schließt alle angeschlossenen Zentren ein, die alle die gleichen Buchführungsregeln anwenden. Die getrennten Einnahmen und Ausgaben der Zentren gehen aus dieser Buchführung hervor.

Am Ende des Jahres erstellt die Dienststelle eine Gesamtbilanz, die sich auf die wirtschaftliche Buchführung bezieht.

KAPITEL IV — *Beiräte*

Zusammensetzung der Beiräte

Art. 16 - §1. Der Beirat des «Sport-, Freizeit- und Touristikzentrums Worriken» setzt sich wie folgt zusammen:

- die Minister oder ihre Vertreter;
- ein Vertreter jeder im Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft vertretenen Fraktion;
- ein Vertreter des Verkehrsamtes der Ostkantone;
- ein Vertreter der Gemeinde Bütgenbach;
- ein Vertreter des Verkehrsvereins Bütgenbach;
- zwei Vertreter des Ministeriums.

Für jedes effektive Mitglied des Beirates wird ein Ersatzmitglied bezeichnet.

§ 2. Der Beirat des Besucherzentrums «Wesertalsperre» setzt sich wie folgt zusammen:

- die Minister der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder ihre Vertreter;
- ein Vertreter jeder im Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft vertretenen Fraktion;
- ein Vertreter des Verkehrsamtes der Ostkantone;
- ein Vertreter der Gemeinde Eupen;
- ein Vertreter des Verkehrsvereins Eupen;
- ein Vertreter der V.o.E. «Haus Ternell»;
- je ein Vertreter der Ministerien der Wallonischen Region zuständig für Wasser, Forstwesen und öffentliche Arbeiten;
- zwei Vertreter des Ministeriums.

Für jedes effektive Mitglied des Beirates wird ein Ersatzmitglied bezeichnet.

§ 3. Der Beirat des «Begegnungszentrums Burg-Reuland» setzt sich wie folgt zusammen:

- die Minister der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder ihre Vertreter;
- ein Vertreter jeder im Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft vertretenen Fraktion;
- ein Vertreter des Verkehrsamtes der Ostkantone;
- ein Vertreter der Gemeinde Burg-Reuland;
- ein Vertreter des Verkehrsvereins Burg-Reuland;
- zwei Vertreter des Ministeriums.

Für jedes effektive Mitglied des Beirates wird ein Ersatzmitglied bezeichnet.

Dauer des Mandats

Art. 17 - Die Mitglieder der Beiräte werden für die Dauer der Legislaturperiode des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezeichnet. Sie bleiben im Amt bis ihre Nachfolger bestimmt sind.

Funktionsweise der Beiräte

Art. 18 - Der Minister oder sein Vertreter führt den Vorsitz des Beirates. Der Direktor der Dienststelle wohnt den Sitzungen des Beirates bei und führt das Protokoll.

Jeder Beirat gibt sich eine von der Regierung zu genehmigende Geschäftsordnung.

Die Mitglieder der Beiräte erhalten zu Lasten des Haushaltes der Dienststelle Anwesenheitsgelder und Fahrtkostenentschädigungen in Anwendung des Erlasses der Regierung vom 12. Juli 2001 zur Harmonisierung der Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen in Gremien und Verwaltungsräten der Deutschsprachigen Gemeinschaft

KAPITEL V. — *Der Verwaltungsausschuss*

Zusammensetzung des Verwaltungsausschusses

Art. 19 - Jeder Beirat wählt unter seinen Mitgliedern seine zwei Vertreter im Verwaltungsausschuss. Jedes Beiratsmitglied verfügt über zwei Stimmen, die es zwei verschiedenen Kandidaten gibt. Die Kandidaten, die im ersten Wahlgang die meisten Stimmen erhalten haben, sind gewählt. Bei Stimmgleichheit für einen Kandidaten erfolgt ein zweiter Wahlgang unter denselben Bedingungen. Erhält auch nach diesem Wahlgang kein Kandidat die absolute Mehrheit der Stimmen, gilt der älteste Kandidat als gewählt.

Die Minister, ihre Vertreter und die Vertreter des Ministeriums können nicht in den Verwaltungsausschuss gewählt werden.

Im Verwaltungsausschuss sind mit beratender Stimme vertreten:

- der Direktor der Dienststelle;
- ein Vertreter des Ministers;
- ein Vertreter des Ministeriums.

Die Dauer des Mandats ist identisch mit der Dauer des Mandats der Beiräte.

Funktionsweise des Verwaltungsausschusses

Art. 20 - Der Verwaltungsausschuss wählt unter seinen Mitgliedern einen Vorsitzenden.

Der Verwaltungsausschuss tagt mindestens ein mal alle zwei Monate.

Darüber hinaus tagt er auf Antrag des Ministers, der Direktion, auf Antrag von mindestens zwei seiner Mitglieder oder von mindestens zwei Mitgliedern eines Beirates.

Der Verwaltungsausschuss gibt sich eine von der Regierung zu genehmigende Geschäftsordnung.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses erhalten zu Lasten des Haushaltes der Dienststelle Anwesenheitsgelder und Fahrtkostenentschädigungen in Anwendung des Erlasses der Regierung vom 12. Juli 2001 zur Harmonisierung der Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen in Gremien und Verwaltungsräten der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Beschlüsse der Direktion gegen ein Gutachten des Verwaltungsausschusses

Art. 21 - Wenn die Direktion beschließt, sich über ein Gutachten des Verwaltungsausschusses hinwegzusetzen, muss sie die Regierung binnen zehn Tagen darüber informieren. Die Regierung erteilt oder verweigert ihre Zustimmung zu dem Beschluss binnen einem Monat nach Erhalt dieser Information. Wenn die Regierung nach Ablauf dieser Frist keine Entscheidung getroffen hat, gilt ihre Zustimmung als erteilt.

KAPITEL VI - *Schlussbestimmungen*

Aufhebende Bestimmung

Art. 22 - Sind aufgehoben:

1. der Erlass der Regierung vom 9. April 2001 über die Haushaltsführung, die finanzielle Verwaltung und die Rechnungsführung des Sport-, Freizeit- und Touristikzentrums Worriken, Dienststelle mit getrennter Geschäftsführung;

2. Kapitel *Vbis*, das Artikel *19bis* enthält, des Königlichen Erlasses über die finanzielle und materielle Verwaltung der Dienste mit autonomer Geschäftsführung im staatlichen Unterrichtswesen, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 21. Juni 2001.

Inkrafttreten

Art. 23 - Vorliegender Erlass tritt am Tage seiner Verabschiedung in Kraft.

Was das Begegnungszentrum Burg-Reuland (KUZ) betrifft, tritt vorliegender Erlass ab dem Zeitpunkt in Kraft, an dem dieses Zentrum in Anwendung von Artikel *8bis*, Absatz 2, des Dekretes vom 20. Dezember 1999 zur Abänderung des Dekretes vom 21. Januar 1991 zur Aufhebung und Reorganisation der Haushaltsfonds sowie zur Gründung der Dienststelle mit getrennter Geschäftsführung «Sport-, Freizeit- und Touristikzentrum Worriken» in die Dienststelle integriert wird.

Ausführung

Art. 24 - Die Minister zuständig für die Gemeinschaftszentren der Deutschsprachigen Gemeinschaft und für Finanzen sind, jeder in seinem Bereich, mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 10. Juli 2003

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Minister-Präsident, Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport,
K.-H. LAMBERTZ

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2004 — 34

[C — 2003/33086]

10 JUILLET 2003. — Arrêté du Gouvernement relatif à la gestion budgétaire, financière et comptable ainsi qu'à la direction du service à gestion autonome « centres communautaires »

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu les lois sur la comptabilité de l'Etat, coordonnées le 17 juillet 1991, notamment l'article 140;

Vu le décret du 20 décembre 1999 modifiant le décret du 21 janvier 1991 portant suppression et réorganisation des fonds budgétaires et instituant le «Sport-, Freizeit- und Touristikzentrum Worriken» (Centre sportif, touristique et de loisirs de Worriken), service à gestion autonome, notamment les articles 7 à 10, modifié par le décret du 4 février 2003;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 23 juin 2003;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 3 juillet 2003;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1^{er}, remplacé par la loi du 4 juillet 1989 et modifié par la loi du 4 août 1996;

Vu l'urgence;

Considérant que le présent arrêté fixe en exécution du décret du 4 février 2003 les nouvelles règles quant à la gestion du service à gestion autonome « Centres communautaires » et doit dès lors, dans les plus brefs délais, être porté à la connaissance du service nouvellement créé et entrer en vigueur;

Sur la proposition du Ministre-Président, Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports;

Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE I^{er}. — *Dispositions générales*

Champ d'application

Article 1^{er}. Le présent arrêté règle la gestion budgétaire, financière et comptable ainsi que la direction du service à gestion autonome « Centres communautaires ».

Sauf dispositions dérogatoires du présent arrêté, les dispositions du titre II des lois sur la comptabilité de l'Etat, coordonnées le 17 juillet 1991, sont applicables au service.

Définitions

Art. 2. Pour l'application du présent arrêté, l'on entend par :

- le service : le service à gestion autonome « Centres communautaires »;
- le Ministre : le ministre de la Communauté germanophone compétent en matière de centres communautaires;
- le Ministère : le Ministère de la Communauté germanophone.

Mandat de paiement

Art. 3. Le Directeur du service est désigné ordonnateur.

Rapport d'activités

Art. 4. Chaque année, le service établit un rapport d'activités selon les instructions du Ministre.CHAPITRE II. — *Prescriptions budgétaires*

Budget

Art. 5. Le service à gestion autonome établit annuellement un projet de budget reprenant l'ensemble des recettes et dépenses conformément aux instructions du ministre compétent en matière de Finances.

Les recettes et dépenses prévues sont réparties en allocations de bases selon la classification économique.

Le service transmet le budget ainsi que tous les ajustements au Ministre aux dates fixées par lui.

Recettes du service

Art. 6. Par recettes, l'on entend tous les droits constatés en cours d'exercice budgétaire, les dotations et subsides.

Les recettes comprennent :

- 1° toutes les recettes provenant des activités du service;
- 2° les intérêts produits par les avoirs placés;
- 3° les soldes mis à disposition par d'autres services ayant cessé leurs activités;
- 4° les subsides et dotations;
- 5° les dons et legs;
- 6° les moyens financiers provenant d'emprunts.

Des emprunts ne peuvent être contractés que moyennant l'accord du Ministre et du ministre compétent en matière de Finances.

Dépenses du service

Art. 7. Les dépenses comprennent :

- 1° toutes les dépenses généralement quelconques découlant des activités du service;
- 2° les intérêts et frais bancaires;
- 3° les frais locatifs et de leasing;
- 4° les investissements.

Comptes annuels

Art. 8. A la fin de chaque année, le service dresse un compte des opérations de caisse, un compte d'exécution du budget et un compte des avoirs ainsi qu'un compte de résultats et un bilan.

Le service transmet ces documents au ministre compétent en matière de Finances pour le 31 mars de l'année suivante. Celui-ci les transmet à la Cour des comptes pour le 30 avril au plus tard.

Reddition des comptes

Art. 9. Le compte d'exécution du budget est annexé au compte général de la Communauté germanophone.

Fin d'exercice

Art. 10. Les soldes disponibles en fin d'année peuvent être utilisés dès le début de l'année suivante.

Si le budget de la Communauté germanophone n'est pas voté avant le début de l'année budgétaire en question, seules les dépenses approuvées dans le budget précédent peuvent être effectuées jusqu'au vote dudit budget.

Agent comptable responsable

Art. 11. L'agent comptable du service, désigné par le Ministre et responsable devant la Cour des comptes, est chargé

- 1° de l'utilisation et de la conservation des fonds et des valeurs corporelles;
- 2° de l'établissement et de la conservation des documents visés à l'article 8;
- 3° de la gestion des avoirs;
- 4° de l'établissement annuel d'un inventaire du patrimoine.

Tenue d'une caisse

Art. 12. La tenue d'une caisse est autorisée. Les liquidités ne peuvent dépasser le montant de 2.500 €.

Dépenses

Art. 13. Les dépenses sont effectuées directement par le service, sans visa de la Cour des comptes.

Contrôle

Art. 14. Le contrôle des inscriptions constatant les opérations comptables et les moyens est opéré par la Trésorerie du Ministère.

La Cour des comptes peut procéder à un contrôle sur place. Elle peut se faire remettre en tout temps tous les justificatifs, estimations, renseignements ou explications sur les recettes, dépenses, avoirs ou dettes.

CHAPITRE III. — *Comptabilité*

Comptabilité économique

Art. 15. Le service tient une comptabilité économique. Celle-ci couvre tous les centres affiliés, lesquels appliquent tous les mêmes règles comptables. Cette comptabilité montre les recettes et dépenses des différents centres.

En fin d'année, le service établit un bilan général se référant à la comptabilité économique.

CHAPITRE IV. — *Conseils consultatifs*

Composition des conseils consultatifs

Art. 16. § 1^{er} - Le Conseil consultatif du Centre sportif, touristique et de loisirs de Worriken est composé :

- des ministres ou de leurs délégués;
- d'un représentant par groupe politique du Conseil de la Communauté germanophone;
- d'un représentant de l'Office du Tourisme des Cantons de l'Est;
- d'un représentant de la Commune de Butgenbach;
- d'un représentant du Syndicat d'initiative de Butgenbach;
- de deux représentants du Ministère.

Un suppléant est désigné pour chaque membre effectif.

§ 2 - Le Conseil consultatif du Complexe touristique du « Wesertalsperre » (Barrage de la Vesdre) est composé :

- des ministres de la Communauté germanophone ou de leurs délégués;
- d'un représentant par groupe politique du Conseil de la Communauté germanophone;
- d'un représentant de l'Office du Tourisme des Cantons de l'Est;
- d'un représentant de la Commune d'Eupen;
- d'un représentant du Syndicat d'initiative d'Eupen;
- d'un représentant de l'A.S.B.L. « Maison Ternell »;
- d'un représentant de chaque Ministère de la Région wallonne compétent pour l'eau, les forêts et les travaux publics;
- de deux représentants du Ministère.

Un suppléant est désigné pour chaque membre effectif.

§ 3 - Le Conseil consultatif du Centre de rencontre de Burg-Reuland est composé comme suit :

- des ministres de la Communauté germanophone ou de leurs délégués;
- d'un représentant par groupe politique du Conseil de la Communauté germanophone;
- d'un représentant de l'Office du Tourisme des Cantons de l'Est;
- d'un représentant de la Commune de Burg-Reuland;
- d'un représentant du syndicat d'initiative de Burg-Reuland;
- de deux représentants du Ministère.

Un suppléant est désigné pour chaque membre effectif.

Durée du mandat

Art. 17. Les membres des conseils consultatifs sont désignés pour la durée de la législature du Conseil de la Communauté germanophone. Ils restent en fonction jusqu'à ce que leurs successeurs soient désignés.

Fonctionnement des conseils consultatifs

Art. 18. La présidence du Conseil consultatif est assurée par le Ministre ou son délégué. Le directeur du service assiste aux séances du Conseil consultatif et rédige les procès-verbaux.

Chaque conseil consultatif se dote d'un règlement d'ordre intérieur approuvé par le Gouvernement.

Les membres des conseils consultatifs perçoivent, à charge du budget du service, des jetons de présence et indemnités de déplacement en application de l'arrêté du Gouvernement du 12 juillet 2001 portant harmonisation des jetons de présence et des indemnités de déplacement au sein d'organismes et de conseils d'administration de la Communauté germanophone.

CHAPITRE V. — *Le Comité de gestion*

Composition du Comité de gestion

Art. 19. Chaque conseil consultatif choisit parmi ses membres ses deux représentants auprès du Comité de gestion. Chaque membre d'un conseil consultatif dispose de deux voix qu'il attribue à deux candidats différents. Les candidats qui ont obtenu le plus de voix lors du premier tour de scrutin sont élus. En cas de parité, il est procédé à un second tour selon les mêmes modalités. Si après ce tour, aucun candidat n'obtient la majorité absolue, c'est l'aîné qui est élu.

Les ministres, leurs délégués et les représentants du Ministère ne peuvent être élus auprès du Comité de gestion.

Sont représentés avec voix délibérative auprès du Comité de gestion :

- le directeur du service;
- un délégué du Ministre;
- un représentant du Ministère.

La durée du mandat est identique à celle du mandat des conseils consultatifs.

Fonctionnement du comité de gestion

Art. 20. Le Comité de gestion choisit un président parmi ses membres.

Le Comité de gestion siège au moins une fois tous les deux mois.

De plus, il siège à la demande du Ministre, de la direction, de deux de ses membres au moins ou de deux membres au moins d'un conseil consultatif.

Le Comité de gestion se dote d'un règlement d'ordre intérieur approuvé par le Gouvernement.

Les membres du Comité de gestion perçoivent, à charge du budget du service, des jetons de présence et indemnités de déplacement en application de l'arrêté du Gouvernement du 12 juillet 2001 portant harmonisation des jetons de présence et des indemnités de déplacement au sein d'organismes et de conseils d'administration de la Communauté germanophone.

Décisions de la direction allant à l'encontre d'un avis du comité de gestion

Art. 21. Lorsque la direction décide de passer outre un avis du comité de gestion, elle doit en informer le Gouvernement dans les dix jours. Le Gouvernement marque son approbation ou sa désapprobation par rapport à la décision dans le mois qui suit la réception de cette information. Le Gouvernement est censé avoir donné son approbation s'il n'a pas pris de décision au terme de ce délai.

CHAPITRE VI. — *Dispositions finales*

Disposition abrogatoire

Art. 22. Sont abrogés :

1° l'arrêté du Gouvernement du 9 avril 2001 relatif à la gestion budgétaire, financière et comptable du Centre sportif, touristique et de loisirs de Worriken, service à gestion autonome;

2° le chapitre *Vbis*, comportant l'article *19bis*, de l'arrêté royal relatif à la gestion financière et matérielle des services de l'Etat à gestion séparée de l'Enseignement de l'Etat, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 21 juin 2001.

Entrée en vigueur

Art. 23. Le présent arrêté entre en vigueur le jour de son adoption.

En ce qui concerne le Centre de rencontre de Burg-Reuland, le présent arrêté entre en vigueur dès que ce centre est intégré dans le service en application de l'article *8bis*, alinéa 2, du décret du 20 décembre 1999 modifiant le décret du 21 janvier 1991 portant suppression et réorganisation des fonds budgétaires et instituant le « Sport-, Freizeit- und Touristikzentrum Worriken » (centre sportif, touristique et de loisirs de Worriken), service à gestion autonome.

Exécution

Art. 24. Le ministre compétent pour les centres communautaires de la Communauté germanophone et le ministre compétent en matière de Finances sont, chacun en ce qui le concerne, chargés de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 10 juillet 2003.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président, Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports,
K.-H. LAMBERTZ

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2004 — 34

[C — 2003/33086]

10 JULI 2003. — **Besluit van de Regering betreffende het budgettair, financieel en boekhoudkundig beheer alsmede de leiding van de dienst met autonoom beheer « gemeenschapscentra »**

De regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wetten op de Rijkscomptabiliteit, gecoördineerd op 17 juli 1991, inzonderheid op artikel 140;

Gelet op het decreet van 20 december 1999 tot wijziging van het decreet van 21 januari 1991 houdende afschaffing en reorganisatie van begrotingsfondsen en tot oprichting van een «Sport-, Freizeit- und Touristikzentrum Worriken» (Sport-, vrijetijds- en toerismecentrum van Worriken), dienst met autonoom beheer, inzonderheid op de artikelen 7 tot 10, gewijzigd bij het decreet van 4 februari 2003;

Gelet op het advies van de Inspecteur van Financiën, gegeven op 23 juni 2003;

Gelet op het akkoord van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting, gegeven op 3 juli 2003;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, vervangen bij de wet van 4 juli 1989 en gewijzigd bij de wet van 4 augustus 1996;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat voorliggend besluit met toepassing van het decreet van 4 februari 2003 de nieuwe regels betreffende het beheer van de dienst met autonoom beheer « Gemeenschapscentra » vastlegt en derhalve zo snel mogelijk ter kennis moet worden gebracht van de nieuw opgerichte dienst en in werking moet treden;

Op de voordracht van de Minister-President, Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport;

Na beraadslaging,

Besluit :

HOOFDSTUK I. — *Algemene bepalingen*

Toepassingsgebied

Artikel 1. Voorliggend besluit regelt het budgettair, financieel en boekhoudkundig bestuur alsmede de leiding van de dienst met autonoom beheer « Gemeenschapscentra ».

Behoudens afwijkende bepalingen van voorliggend besluit zijn de bepalingen van titel II van de wetten op de Rijkscomptabiliteit, gecoördineerd op 17 juli 1991, van toepassing op deze dienst.

Definities

Art. 2. Voor de toepassing van dit besluit verstaat men onder :

- de dienst : de dienst met autonoom beheer « Gemeenschapscentra »;
- de Minister : de minister van de Duitstalige Gemeenschap bevoegd voor de gemeenschapscentra;
- het Ministerie : het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap.

Bevelschrift tot betaling

Art. 3. De directeur van de dienst wordt als ordonnateur aangewezen.

Activiteitenverslag

Art. 4. De dienst maakt jaarlijks een activiteitenverslag op overeenkomstig de aanwijzingen van de Minister.

HOOFDSTUK II. — *Budgettaire voorschriften*

Begroting

Art. 5. De dienst maakt jaarlijks een begrotingsontwerp met alle ontvangsten en uitgaven op overeenkomstig de aanwijzingen van de minister bevoegd inzake Financiën.

De voorziene ontvangsten en uitgaven worden naar de economische classificatie in basisallocaties onderverdeeld.

De begroting alsmede elke wijziging worden door dienst aan de minister bevoegd inzake Financiën op de door hem vastgelegde datums gezonden.

Ontvangsten van de dienst

Art. 6. Onder « ontvangsten » verstaat men alle in de loop van het begrotingsjaar vastgestelde rechten, dotaties en subsidies.

De ontvangsten omvatten :

1° alle ontvangsten voortvloeiend uit de activiteiten van de dienst;

2° de opbrengst in rente van het belegde tegoed;

3° de saldi die ter beschikking worden gesteld door andere diensten die hun werkzaamheden hebben beëindigd;

- 4° subsidies en dotaties;
- 5° schenkingen en legaten;
- 6° financiële middelen uit leningen.

Leningen kunnen slechts met toestemming van de Minister en van de minister bevoegd inzake Financiën aangegaan worden.

Uitgaven van de dienst

Art. 7. De uitgaven omvatten :

- 1° alle allerhande uitgaven voortvloeiend uit de activiteiten van de dienst;
- 2° de interesten en bankkosten;
- 3° de huurkosten en leasingkosten;
- 4° de investeringen.

Jaarrekening

Art. 8. Op het einde van elk jaar maakt de dienst een rekening over de kasverrichtingen, een rekening van uitvoering van de begroting en een rekening over de bezittingen, alsmede een resultatenrekening en een balans op.

De dienst zendt deze documenten aan de minister bevoegd inzake Financiën vóór 31 maart van het volgend jaar. De Minister zendt ze ten laatste op 30 april aan het Rekenhof.

Rekening en verantwoording

Art. 9. De rekening van uitvoering van de begroting wordt bij de algemene begroting van de Duitstalige Gemeenschap gevoegd.

Einde van het rekeningsjaar

Art. 10. De op het einde van het jaar beschikbare saldi mogen vanaf het begin van het volgende jaar gebruikt worden.

Wordt de begroting van de Duitstalige Gemeenschap niet vóór het begin van het bedoelde begrotingsjaar goedgekeurd, dan mogen tot de goedkeuring van de begroting slechts dezelfde verrichtingen uitgevoerd worden als die in de voorafgaande begroting goedgekeurd waren.

Rekenplichtige

Art. 11. De door de Minister aangewezen en vóór het Rekenhof verantwoordelijke rekenplichtige van de dienst is belast met :

- 1° de aanwending en de bewaring van de geldmiddelen en van het goederenkapitaal;
- 2° de opmaking en de bewaring van de documenten bedoeld in artikel 8;
- 3° de boekhouding van de bezittingen;
- 4° de jaarlijkse opmaking van een « vermogensinventaris ».

Kassa

Art. 12. Het houden van een kassa is toegelaten. De liquiditeiten mogen het bedrag van € 2.500 niet overschrijden.

Uitgaven

Art. 13. De uitgaven worden rechtstreeks, zonder visum van het Rekenhof, door de Dienst verricht.

Controle

Art. 14. De inschrijvingen tot vaststelling van de boekhoudkundige bewerkingen en van de middelen worden door de Thesaurie van het Ministerie gecontroleerd.

Het Rekenhof kan een controle ter plaatse uitvoeren. Het kan zich te allen tijde alle bewijsstukken, ramingen, inlichtingen en uitleggingen over de ontvangsten, uitgaven, bezittingen en schulden laten verschaffen.

HOOFDSTUK III. — *Boekhouding*

Economische boekhouding

Art. 15. De dienst beschikt over een economische boekhouding. Deze dekt alle aangesloten centra die dezelfde boekhoudingsregels toepassen. Zij geeft de gescheiden ontvangsten en uitgaven van de verschillende centra weer.

Op het einde van het jaar stelt de dienst een gezamenlijke balans op die naar de economische boekhouding verwijst.

HOOFDSTUK IV. — *Adviesraden*

Samenstelling van de adviesraden

Art. 16. § 1 - De adviesraad van het Sport-, vrijetijds- en toerismecentrum van Worriken is samengesteld uit :

- de ministers of hun afgevaardigden;
- één vertegenwoordiger per fractie van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap;
- één vertegenwoordiger van de Dienst voor Toerisme van de Oostkantons;
- één vertegenwoordiger van de Gemeente Butgenbach;
- één vertegenwoordiger van de V.V.V. Butgenbach;
- twee vertegenwoordigers van het Ministerie.

Voor elk werkend lid van de adviesraad wordt een plaatsvervangend lid aangewezen.

§ 2 - De adviesraad van het Toeristisch Complex « Wesertalsperre » (Stuwdam van de Vesder) is samengesteld uit :

- de ministers van de Duitstalige Gemeenschap of hun afgevaardigden;
- één vertegenwoordiger per fractie van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap;
- één vertegenwoordiger van de Dienst voor Toerisme van de Oostkantons;
- één vertegenwoordiger van de Gemeente Eupen;
- één vertegenwoordiger van de V.V.V. Eupen;
- één vertegenwoordiger van de v.z.w. « Huis Ternell »;
- telkens één vertegenwoordiger van de ministeries van het Waalse Gewest bevoegd inzake water, bossen en openbare werken;
- twee vertegenwoordigers van het Ministerie.

Voor elk werkend lid van de adviesraad wordt een plaatsvervangend lid aangewezen.

§ 3 - De adviesraad van het « Ontmoetingscentrum Burg-Reuland » is samengesteld uit :

- de ministers van de Duitstalige Gemeenschap of hun afgevaardigden;
- één vertegenwoordiger per fractie van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap;
- één vertegenwoordiger van de Dienst voor Toerisme van de Oostkantons;
- één vertegenwoordiger van de Gemeente Burg-Reuland;
- één vertegenwoordiger van de V.V.V. Burg-Reuland;
- twee vertegenwoordigers van het Ministerie.

Voor elk werkend lid van de adviesraad wordt een plaatsvervangend lid aangewezen.

Duur van het mandaat

Art. 17. De leden van de adviesraden worden voor de duur van de zittingsperiode van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap aangewezen. Zij blijven hun ambt uit te oefenen totdat hun navolgers aangewezen worden.

Werkwijze van de adviesraden

Art. 18. Het voorzitterschap van de adviesraad wordt door de Minister waargenomen. De directeur van de dienst woont de zittingen van de adviesraad bij en stelt de proces-verbalen op.

Elke adviesraad stelt zijn huishoudelijk reglement op dat door de Regering goedgekeurd wordt.

De leden van de adviesraden hebben ten laste van de begroting van de dienst recht op presentiegeld en op reiskostenvergoeding overeenkomstig het besluit van de Regering van 12 juli 2001 tot harmonisatie van het presentiegeld en van de reisvergoedingen in instellingen en raden van beheer van de Duitstalige Gemeenschap.

HOOFDSTUK V. — *Beheerscomité*

Samenstelling van het beheerscomité

Art. 19. Elke adviesraad kiest in zijn midden zijn beide vertegenwoordigers bij het beheerscomité. Elk lid van de adviesraden beschikt over twee stemmen die hij aan twee verschillende kandidaten geeft. De kandidaten die bij de eerste stemming de meeste stemmen hebben behaald, worden gekozen. Bij staking der stemmen vindt een herstemming plaats onder dezelfde voorwaarden. Indien ook na deze stemming geen kandidaat de volstrekte meerderheid van de uitgebrachte stemmen verkrijgt, wordt de oudste kandidaat als gekozen beschouwd.

De ministers, hun afgevaardigden en de vertegenwoordigers van het Ministerie kunnen niet bij het beheerscomité gekozen worden.

Worden bij het beheerscomité met beraadslagende stem vertegenwoordigd :

- de directeur van de dienst;
- één afgevaardigde van de Minister;
- één vertegenwoordiger van het Ministerie.

De duur van het mandaat is dezelfde als die van het mandaat van de adviesraden.

Werkwijze van het beheerscomité

Art. 20. Het beheerscomité kiest een voorzitter in zijn midden.

Het beheerscomité zetelt ten minste één keer om de twee maanden.

Bovendien zetelt het op verzoek van de Minister, van de directie, van ten minste twee van zijn leden of van ten minste twee leden van een adviesraad.

Het beheerscomité stelt zijn huishoudelijk reglement op dat door de Regering goedgekeurd wordt.

De leden van het beheerscomité hebben ten laste van de begroting van de dienst recht op presentiegeld en op reiskostenvergoeding overeenkomstig het besluit van de Regering van 12 juli 2001 tot harmonisatie van het presentiegeld en van de reisvergoedingen in instellingen en raden van beheer van de Duitstalige Gemeenschap.

Beslissingen van de directie tegen een advies van het beheerscomité

Art. 21. Als de directie beslist over een advies van het beheerscomité heen te stappen, moet zij de Regering binnen tien dagen informeren. De Regering geeft of weigert haar toestemming omtrent de beslissing binnen de maand na de ontvangst van deze informatie. Als de Regering na afloop van deze termijn geen beslissing heeft genomen, wordt de toestemming als gegeven beschouwd.

HOOFDSTUK VI. — *Slotbepalingen*

Opheffingsbepaling

Art. 22. Worden opgeheven :

1° het besluit van de Regering van 9 april 2001 betreffende het budgettair, financieel en boekhoudkundig beheer van het Sport-, vrijetijds- en toerismecentrum van Worriken, Dienst met autonoom beheer;

2° hoofdstuk *Vbis*, met artikel *19bis*, van het koninklijk besluit betreffende het financieel en materieel beheer van de staatsdiensten met afzonderlijk beheer in het rijksonderwijs, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 21 juni 2001.

Inwerkingtreding

Art. 23. Dit besluit treedt in werking op de dag waarop het wordt aangenomen.

Wat het Ontmoetingscentrum Burg-Reuland betreft, treedt dit besluit in werking zodra dit centrum in de dienst geïntegreerd wordt met toepassing van artikel *8bis*, lid 2, van het decreet van 20 december 1999 tot wijziging van het decreet van 21 januari 1991 houdende afschaffing en reorganisatie van begrotingsfondsen en tot oprichting van een « Sport-, Freizeit- und Touristikzentrum Worriken » (Sport-, vrijetijds- en toerismecentrum van Worriken), dienst met autonoom beheer.

Uitvoering

Art. 24. De minister bevoegd voor de gemeenschapscentra van de Duitstalige Gemeenschap en de minister bevoegd inzake Financiën zijn, ieder wat hem betreft, belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 10 juli 2003.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President, Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport,
K.-H. LAMBERTZ

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2004 — 35

[C – 2003/33091]

**28. AUGUST 2003 — Erlass der Regierung
zur Bestimmung der Zusammensetzung des Direktionsrates des Arbeitsamtes
der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 16. März 1954 über die Kontrolle bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses, insbesondere Artikel 11 § 1, ersetzt durch das Gesetz vom 22. Juli 1993;

Aufgrund des Dekretes vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes, insbesondere Artikel 1;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten, insbesondere Artikel 11;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 7. Juni 2001 bezüglich der Einrichtungen Öffentlichen Interesses in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten dieser Einrichtungen, insbesondere Artikel 2 und Artikel 9;

Aufgrund des begründeten Gutachtens des Basiskonzertierungsausschusses für das Personal des Arbeitsamtes der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 22. August 2003;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, insbesondere Artikel 3 § 1, ersetzt durch das Gesetz vom 4. Juli 1989 und abgeändert durch das Gesetz vom 4. August 1996;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, dass die Dringlichkeit dadurch begründet ist, dass eine Reihe von offenen Stellen im Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Interesse der Funktionsfähigkeit des Arbeitsamtes ohne zeitliche Verzögerung besetzt werden sollen und die Zusammensetzung des Direktionsrates daher umgehend zu erfolgen hat, damit er die im Dienstrecht vorgesehenen Aufgaben im Rahmen des Anwerbungsverfahrens wahrnehmen kann;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten zuständig für das Personal;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - Zusammensetzung

Der Direktionsrat des Arbeitsamtes der Deutschsprachigen Gemeinschaft setzt sich wie folgt zusammen:

1. aus den Beamten mit den Dienstgraden Geschäftsführender Direktor und Erster Berater
2. aus einem weiteren Beamten der Stufe I, der den höchsten Dienstgrad trägt. Tragen mehrere Beamte denselben Dienstgrad, wird von diesen Beamten der Beamte mit dem höchsten administrativen Dienstalter in der Stufe I genommen.

Art. 2 - Vorsitz

Der Geschäftsführende Direktor hat den Vorsitz inne. Bei Abwesenheit kann er sich durch ein anderes Direktionsratsmitglied für die Ausübung des Vorsitzes vertreten lassen unter Einhaltung nachstehender Abfolge: das Mitglied, das den höchsten Dienstgrad trägt, tragen mehrere Mitglieder den höchsten Dienstgrad dann von diesen Mitgliedern das Mitglied mit dem höchsten administrativen Dienstalter in der Stufe I.

Art. 3 - Aufhebung

Der Erlass der Regierung vom 3. September 1993 zur Bestimmung der Zusammensetzung des Direktionsrates des Gemeinschaftlichen und Regionalen Amtes für Berufsbildung und Arbeitsbeschaffung wird aufgehoben.